Steinbeis

Neue AG für Konfliktkommunikation

[02.02.2026] Eine neue Arbeitsgemeinschaft hat sich zum Ziel gesetzt, Konflikte bei Energie- und Infrastrukturprojekten zu verringern. Sie richtet sich an Verantwortliche aus Unternehmen und Kommunen. Ziel ist es, Bürgerinnen und Bürger stärker in Planungen einzubeziehen.

IKOME Steinbeis Mediation hat die bundesweit erste Arbeitsgemeinschaft für Akzeptanzkommunikation bei Energie- und Infrastrukturprojekten gegründet. Dies teilte die Organisation in einer Pressemitteilung mit. Ziel ist es, die Zustimmung in der Bevölkerung zu Bau- und Entwicklungsprojekten zu erhöhen.

Die Arbeitsgemeinschaft befasst sich mit Vorhaben in den Bereichen Energie, Stadtentwicklung und Verkehr. Auch andere Infrastrukturprojekte gehören dazu. Hintergrund sind anhaltende Proteste und Blockaden, wie IKOME Steinbeis Mediation angibt. Diese führten dazu, dass Projekte verzögert, teurer oder ganz verhindert wurden.

„Die Infrastruktur ist die Lebensader unserer Gesellschaft. Ohne sie geht nichts. Umso wichtiger ist es, die Akzeptanz der Bürger für die Planung von Projekten zu gewährleisten“, sagt Gernot Barth, Leiter von IKOME Steinbeis Mediation. Er ist Professor und lehrt Konfliktmanagement und Mediation an der Steinbeis-Hochschule.

Barth verweist auch auf geplante Investitionen von Bund und Ländern. Diese sind im Sondervermögen für Infrastruktur und Klimaneutralität vorgesehen. Das Sondervermögen ist ein staatlicher Finanzfonds für große Investitionen. Die Umsetzung der Projekte soll im Jahr 2026 beginnen. „Dies gilt umso mehr mit Blick auf die Umsetzung von Vorhaben im Rahmen des von Bund und Ländern verabschiedeten Sondervermögens für Infrastruktur und Klimaneutralität“, so Barth.

Start in Leipzig

Die neue Arbeitsgemeinschaft wird von Gernot Barth geleitet. Er arbeitet als Mediator bei stark eskalierten Konflikten im Zusammenhang mit Infrastrukturprojekten.

Der offizielle Start ist für den 18. März 2026 in Leipzig geplant. Zielgruppe sind PR-Manager, Projektleiter, Pressesprecher und Bauverantwortliche aus Unternehmen und Kommunen.

Geplant sind vier Treffen pro Jahr. Sie finden in Präsenz statt. Die Zusammenkünfte dauern jeweils zwei Tage. Auf dem Programm stehen Fachvorträge zur Wissensvermittlung. Außerdem sollen die Mitglieder Erfahrungen aus aktuellen Projekten austauschen.

Austausch und Vernetzung

Nach Angaben von IKOME Steinbeis Mediation besteht bundesweit ein großer Bedarf an Austausch und Vernetzung. Verantwortliche wollten stärker voneinander lernen und sich besser abstimmen.

„Wir haben bei der Betreuung von Infrastrukturprojekten festgestellt, dass bundesweit ein großes Bedürfnis der Verantwortlichen besteht, sich besser zu vernetzen. Dem soll unsere Arbeitsgemeinschaft dienen“,

sagt Barth. „Ihr Ansatz ist es, Infrastrukturprojekte mit den Bürgern statt für die Bürger zu realisieren.“

Die Arbeitsgemeinschaft soll dazu beitragen, Konflikte frühzeitig zu erkennen. Sie soll aufzeigen, wie Beteiligung und Kommunikation verbessert werden können. Laut den Initiatoren könnten so Planungsverfahren reibungsloser verlaufen und die gesellschaftliche Akzeptanz könnte gestärkt werden.

(ur)

Stichwörter: Politik, Infrastruktur, Konfliktkommunikation, Steinbeis